

Drei Fragen an Ingrid A. Lehmann

Wie blickte die Welt auf die neue UN-Mitgliedschaft der BRD und der DDR, als Sie bei den UN begannen zu arbeiten?

Ein historischer Rückblick zeigt, dass der Beitritt keineswegs unproblematisch war. Nach Artikel 53 und 107 der UN-Charta waren nämlich beide Staaten von der ›Feindstaatenklausel‹ betroffen, die die Siegermächte bei Gründung der Vereinten Nationen in die Charta geschrieben hatten. Deutschland stand in den 1970er Jahren unter kritischer Beobachtung, was seine Rolle in der internationalen Politik anging. Hinzu kam die Problematik der völkerrechtlichen Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und die Mitgliedschaft beider Länder in der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) und der Warschauer Vertragsorganisation.

Was bedeutete es für Sie ganz persönlich, bei den UN beruflich einzusteigen?

Für mich war der Eintritt in den Dienst der UN im Jahr 1975 das wohl einschneidendste Erlebnis in meiner persönlichen Entwicklung. Im Alter von 26 Jahren, frisch aus dem Universitätsdienst kommend, wurde ich in das Exekutivbüro des UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim katapultiert. Darauf war ich professionell nicht vorbereitet. Ich hatte keine diplomatische Ausbildung und hatte in keiner Bürokratie gearbeitet. Zum Glück halfen mir die anderen jüngeren Kolleginnen und Kollegen im 38. Stock dabei, mit direktem Training am Arbeitsplatz und freundschaftlicher Unterstützung den Einstieg zu erleichtern.

Inwiefern hat sich Ihrer Meinung nach die deutsche Rolle in den UN seit dem Jahr 1973 verändert?

Am Anfang mussten Deutsche noch mit Vorurteilen kämpfen, man musste sich erst ›beweisen‹. Dies taten einzelne deutsche Diplomaten durch geschicktes Auftreten und natürlich auch durch den relativ hohen deutschen finanziellen Beitrag zum Haushalt der Vereinten Nationen. Bedeutsam für den Umschwung war der Beginn der Bewältigung der deutschen Kolonialvergangenheit, vor allem in Südwestafrika, dem heutigen Namibia. Die deutsche Unterstützung des Friedensprozesses im südlichen Afrika trug entscheidend zum Ende des Apartheid-Regimes bei. Leider ist bisher trotz langjähriger Bemühungen Deutschlands und anderer gleichgesinnter Staaten eine Reform des Sicherheitsrats und die Abschaffung des Vetos nicht gelungen. Als Resultat sehen wir heute eine eklatante Blockade der Friedensbemühungen der internationalen Gemeinschaft in den akuten Konflikten – im Nahen Osten und Russlands Aggression gegen die Ukraine.



Dr. Ingrid A. Lehmann

arbeitete von 1975 bis 2003 bei den UN – unter anderem im Exekutivbüro des Generalsekretärs, in der Kommunikationsabteilung und in zwei UN-Friedensoperationen in Namibia und auf Zypern.

FOTO: PRIVAT

tember.⁴ Insgesamt wurden 50 Reden der Bundesrepublik Deutschland in Generaldebatten analysiert – mit Angela Merkel im Jahr 2007 findet sich unter den Vertretern nur eine Rednerin. Die jüngste Rede wurde im September 2022 von Olaf Scholz gehalten.⁵ Das ist jedoch für die Bundesrepublik untypisch: Nur viermal sprach der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin bei dieser Gelegenheit – unabhängig davon aber gelegentlich bei Sondergipfeln der Vereinten Nationen. 42 der 50 Reden wurden von den jeweils amtierenden Außenministern gehalten. Hier zeigt sich sehr deutlich, dass die UN-Politik in New York – anders etwa als die Europapolitik in Brüssel – Prerogative des Außenministeriums ist. Erwartungsgemäß rangiert bei der Häufigkeit Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister des Auswärtigen von 1974 bis 1992, mit 17 Reden auf dem ersten Platz. Darauf folgen Klaus Kinkel (7) sowie Joschka Fischer und Frank-Walter Steinmeier (je 5 als Außenminister). Die wenigen Male, bei denen nicht der Außenminister sprach, hängen interessanterweise oft mit der deutschen Innenpolitik zusammen: Im Jahr 1982 hielt der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Hans-Jürgen Wischniewski die Rede, weil wenige Tage zuvor die Minister der FDP zurückgetreten waren und die SPD zunächst ein Minderheitenkabinett etablierte. In den Jahren 2005, 2009 und 2021 lag der Redetermin sehr nah an der deutschen Bundestagswahl: So sprach im Jahr 2005, zwei Tage nach der Bundestagswahl, Staatssekretär Klaus Scharioth, 2009 Botschafter Thomas Matussek einen Tag nach der Bundestagswahl und 2021 Frank-Walter Steinmeier als Bundespräsident zwei Tage vor der Bundestagswahl. Persönlichkeit, Parteizugehörigkeit, Amtsbezeichnung und wohl auch wechselnde Redenschreiberinnen und -schreiber haben sicher einen erkennbaren Einfluss auf die Diktion und Aussagekraft der Reden vor der Generalversammlung.

Der Blick über die Jahrzehnte offenbart Kontinuität und Wandel. Letzteres ist mit Blick auf die Länge der gehaltenen Reden festzustellen. Die längste Rede hielt Genscher im Jahr 1978 mit etwas über 7500 Wörtern.⁶ Aber auch alle anderen Reden der 1970er und 1980er Jahre zählten in der Regel deutlich mehr als 4000 Wörter. Die mittlere Wortanzahl der Reden liegt über die Jahre hinweg bei etwa 3600. Erkennbar ist jedoch eine Verkürzung mit durchschnittlich nur noch 2000 Worten nach dem Jahr 2000. Dieser Trend lässt sich in die insbesondere in den 1990er Jahren nochmals stark gestiegenen Anzahl an redeberechtigten Mitgliedsstaaten und Bemühungen um eine Straffung des Programms der Generalversammlung einordnen. Für sich genommen erscheinen die Reden gelegentlich sehr vage und allgemein. Im Zeitverlauf treten jedoch Schwerpunkte und Trends hervor, die im